

Leserinnenbrief von Brigitte Schilli, Eggenstein-L. vom 11.3.2023
Zum Artikel „Verzögerung beim AKW-Rückbau“ vom 6. März (BNN):

Zeit zum Ehrlichmachen

Wie schmallippig diejenigen werden, die noch bis vor kurzem für längere AKW-Laufzeiten, für Erneuerung der Brennstäbe (aus Russland) plädiert haben und beim Thema „Wohin mit dem ganzen AKW-Abrissmüll aus Philippsburg?“, oder wohin mit den Forschungsruinen im Hardtwald KIT Campus Nord es erstaunlich leise bleibt! Von der bis jetzt gescheiterten Endlagersuche für den in den Zwischenlagern geparktem hoch/mittel radioaktiven Atommüll ganz zu schweigen. Keiner braucht überrascht tun, weil die „Verschiebehahnhöfe woanders hin“ – in dem Fall in den Enzkreis – nicht mehr reibungslos funktionieren.

2018 betonte Landrat Schnaudigel, dass er für alle mineralischen AKW-Abrissabfälle ein Deponie-Konzept für den Landkreis Karlsruhe vorlegen werde, hatte aber, das war damals schon absehbar, die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Alle privater Deponie- und Recycling-Firmen im Landkreis Karlsruhe nehmen die von den AKW-Betreibern selbst „freigemessenen“ mineralischen AKW-Abfälle nicht an, weil sie um ihr zukünftiges Geschäft fürchten.

Man hat die Winkelzüge des Umweltministeriums Baden-Württemberg, die Tricksereien mit den Grenzwerten des umstrittenen 10-Micosivert-Konzepts erkannt, dass es einfach nicht stimmt, dass dieser gemischte mineralische „Freimessmüll“ frei von radioaktiven Stoffen ist.

Es wäre an der Zeit, dass sich die Politik ehrlich macht, statt das seit 40 Jahren fragwürdig betriebene St. Floriansprinzip anzuwenden – Landkreise, die noch über eine städtische Deponie verfügen, per Rechtsstreit zur Abnahme zwingen zu wollen. Abrissmüll aus AKWs und den der Atomforschungsruinen sollten unter Atomaufsicht bleiben, statt ihn nach einer sogenannten „Freimessung“ (ein verharmlosendes Wort) der Bevölkerung als normalen Bauschutt durch die Hintertür unterjubeln zu wollen und damit in die Umwelt oder den Wirtschaftskreislauf zu bringen.